

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste,

heute habe ich die Gelegenheit, ein kurzes Resümee zu ziehen darüber, was ich bislang gemacht und erreicht habe. Und die Gelegenheit, einen Ausblick zu geben auf die Themen, die mich im Wahlkampf und in die nächste Legislatur begleiten werden.

Ich bin seit gut zwei Jahren im Landtag, nachgerückt für unsere geschätzte Genossin Barbara. Wie ihr wisst, bin ich nicht vom Himmel gefallen. Ich habe viele Jahre Menschen geleitet, war in der Welt unterwegs, habe mit Prokura Budgets verantwortet und mich dabei immer als Teamplayerin verstanden. Und all das kann ich nun auch gut gebrauchen, wenn es darum geht, für die Menschen hier mit euch zusammen das Beste in Mainz zu erreichen. Ich sehe mich sozusagen als Botschafterin, als Übersetzerin, Fürsprecherin für uns hier im Kreis Germersheim.

Um das ein bisschen plastisch zu machen: In der laufenden Legislaturperiode sind neben den regulären Geldern zusätzliche Projektmittel in Höhe von über 45 Millionen Euro in den Kreis geflossen:

- Hördt hat beträchtliche Mittel aus Mainz erhalten. Das Alte Forsthaus, das neue Bürgerhaus ist richtig schick geworden.
- In Jockgrim wurde beispielsweise in den Ausbau der Buchstraße und die Ertüchtigung des Bürgerhauses investiert.
- Auch Hagenbach hat Landesprojektmittel bekommen.

Ein Großteil der Mittel wurde in unsere Schulen und damit in unsere Kinder investiert. Das finde ich gut, richtig und wichtig. In die BBS mit der Smart Factory, in Gesamtschulen, in Gymnasien, in Realschulen, in Grundschulen - in Germersheim, in Jockgrim, in Rheinzabern, in Rülzheim, in Wörth.

Aber auch für die Menschen im ganzen Land habe ich in den Fachthemen, für die ich zuständig bin – Wissenschaft, Weiterbildung, Gleichstellung – schon viel erreicht:

- die Mittel für digitales Lernen in der Weiterbildung wurden verdreifacht – ein Glücksfall gerade jetzt in der Corona-Zeit,
- im Nachtragshaushalt sind 50 Millionen für die Hochschulen enthalten, damit sie künftig besser auf digitale Semester vorbereitet sind,
- es gibt keine Luxussteuer mehr auf weibliche Hygieneartikel.

Das klingt für manche vielleicht wie eine Kleinigkeit, ist aber auf den zweiten Blick echt kein Zustand gewesen. Deshalb habe ich mich für diese Abschaffung im Ausschuss stark gemacht und die Landesregierung gebeten, sich in Berlin dafür einzusetzen. Und es hat funktioniert!

- Upskirting ist jetzt strafbar, d.h. es ist jetzt im Strafgesetz verankert, dass es verboten ist, Frauen unter den Rock zu photographieren.

Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, war aber bislang quasi legal! Auch das habe ich über den Ausschuss in RLP mit nach Berlin getragen – und war erfolgreich!

Zu meinen Aufgaben als Abgeordnete gehört aber natürlich auch - und zwar ganz zentral - der Einsatz für die Anliegen der Menschen vor Ort. Oft geht es da um sehr persönliche Schicksale, manchmal auch um allgemeine Fragen. Jüngste erfolgreiche Beispiele sind mein Einsatz für die Öffnung der Kreissporthallen, für die Öffnung der Badeseen und für eine bessere Organisation der Schülerbeförderung. Mehrere tausend Menschen haben meine Rede dazu gesehen.

Was habe ich nun weiter vor?

Viele Themen sind wichtig, ich greife aber mal drei heraus, die mich in der nächsten Zeit besonders begleiten werden und die für den Kreis eine besondere Bedeutung haben:

1. Zukunftssichere Arbeitsplätze,
2. Bezahlbarer Wohnraum und
3. Gute Bildung.

1. Zukunftssichere Arbeitsplätze

Wir hier in der Südpfalz sind mit dem großen Stern aufgewachsen. Leider wird er langsam etwas altersmüde, und es ist nicht sicher, ob er uns in fünf oder zehn Jahren noch leuchten kann. Nicht nur deshalb ist es wichtig, die Entwicklung neuer Geschäftsfelder zu unterstützen und neue, zukunftssichere Arbeitsplätze in der Region zu schaffen.

Die Abhängigkeit von einem Unternehmen ist nicht gut. Deswegen setze ich mich dafür ein, dass bestehende Gewerbeflächen wie beispielsweise in Rülzheim an Unternehmen vergeben werden, die innovativ und zukunftsfähig sind. Wir brauchen Arbeitsplätze von morgen. Deshalb ist es ebenso wichtig, neue Gewerbeflächen nach höchsten sozialen und ökologischen Standards zu erschließen, wo dies möglich ist, zum Beispiel in Wörth und Kandel.

Parallel dazu setze ich mich dafür ein, dass Daimler dabei unterstützt wird, neue Antriebssysteme zu entwickeln – Stichwort Wasserstoff. Denn nur mit guten Arbeitsplätzen, durch Diversifizierung, durch kluge Ansiedlungspolitik und gute Rahmenbedingungen wird unsere Region auch weiterhin florieren können und Menschen anziehen.

Und was würden die Menschen mit der CDU bekommen?

Eine Industriepolitik aus den 80ern: Steuersenkungen für Unternehmen, am liebsten den Mindestlohn wieder abschaffen, Deregulierung. Damit kommen wir nicht in die Zukunft – und schon gar nicht in die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

Wir brauchen eine soziale und ökologische Wirtschaftspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und unsere Lebensgrundlagen schützt!

2. Bezahlbarer Wohnraum

Wer von uns kennt nicht irgend jemanden, der gerade eine Wohnung sucht. Als Sozialdemokratin ist es mir wichtig, gerade den Menschen zu helfen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, die sich keinen Bauplatz leisten können.

Bezahlbarer Wohnraum ist selten und schwer zu finden in unserer Gegend. Daher setze ich mich dafür ein, dass in den Kommunen, die neue Baugebiete ausweisen wie zum Beispiel Wörth oder Rülzheim auch daran gedacht wird. Das Thema betrifft natürlich ebenso die Verbandsgemeinden Jockgrim und Hagenbach. Überall gibt es den Wunsch nach Wohnraum. Tatsächlich könnte man auch mal über eine Kreis-Wohnungsbaugesellschaft nachdenken oder bestehende erfolgreiche kommunale Wohnungsbaugesellschaften ausbauen. Das würde jetzt aber zu weit führen.

Und was würden die Menschen mit der CDU bekommen?

Ganz grob gefasst: Die Menschen würden dem Markt überlassen – die jungen Familien, die Alleinerziehenden, die Rentner:innen. Wie gut der Markt funktioniert, haben wir gerade erst mit Corona erleben dürfen. Markt heißt immer „das Recht des Stärkeren“. Wer es nicht schafft, ist halt raus. Das ist nicht unsere sozialdemokratische Auffassung. Das ist nicht Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Ich wünsche mir, dass wir die Solidarität, den Zusammenhalt und das Aufeinander acht geben aus Corona-Zeiten beibehalten. Wir haben wieder gelernt, was es heißt, aufeinander aufzupassen. Wir wurden daran erinnert, dass wir nicht nur für uns selbst, sondern auch für die Menschen um uns herum verantwortlich sind. Wir haben erfahren, wie es ist, allein zu sein. Wohnen ist ein Menschenrecht.

Wir brauchen eine solidarische Wohnungspolitik, die soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte miteinander verbindet.

3. Gute Bildung

Mit dem neuen Kita-Zukunftsgesetz bekommt RLP eine der modernsten Kitalandschaften im gesamten Bundesgebiet. Ein bedarfsgerechtes Angebot, gute Personalschlüssel und hochwertige Betreuung stehen im Vordergrund dieser Novellierung. Nun ist es wichtig, dass dieses Gesetz in den Landkreisen und Kommunen gut umgesetzt werden kann.¹

Die Kommunen, die auch in den letzten Jahren in ihre Kitas investiert haben, haben jetzt übrigens meistens keinen Zusatzaufwand. Merkwürdigerweise sind diese oft SPD-geführt. Entweder also ist das Gejammere der schwarz-geführten Kommunen bizarrer Wahlkampf oder es offenbart die parteipolitische Prioritätensetzung, ich habe es schon im Landtag gesagt.

¹ Gefördert werden vom Land zusätzliche Plätze oder Gruppen: 150.000 Euro pro Gruppe oder 7.500 Euro pro Platz. Das Küchenprogramm umfasst 5.000 bzw. 10.000 Euro. Die aktualisierte Investitions-Verwaltungsvorschrift ist derzeit in Abstimmung mit den Kommunen und soll schnellstmöglich in Kraft treten.

Und was würden die Menschen mit der CDU bekommen?

Als allererstes erst einmal hohe Gebühren für Kitaplätze.

Nicht nur einmal wurde durch die CDU die Abschaffung der Gebührenfreiheit thematisiert. Und was kommt dann? Wieder Schulgebühren? Oder Ausbildungsgebühren? Studiengebühren?

Wir alle sind Grenzbewohner und kennen Menschen aus Baden-Württemberg. 800 Euro für einen Kitaplatz sind da keine Seltenheit. Bei zwei Kindern und jeweils vier Jahren Kita wären das fast 80.000 Euro. Stellt euch das mal vor!

Nein, die CDU macht eben überhaupt keine Politik für junge Familien, keine für Alleinerziehende, keine für Menschen, die darauf achten müssen, wofür sie ihren Lohn ausgeben.

Wir brauchen weiterhin gebührenfreie, hochwertige Bildung von Anfang an und für jedes Kind – egal, wo es herkommt, egal, wie viel die Eltern verdienen, egal, wie es zuhause aussieht.

Glück auf!